



BRIEF AUS BERLIN – NR. 15/2015

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Aktuelle Flüchtlingssituation
- + Kommunalpol. Konferenz zu Flüchtlingen
- + AfB-Papier zur Sprachförderung
- + Schlussberatung zu Beruflicher Bildung
- + Fachgespräch Kulturelle Bildung
- + Fachgespräch Stiftung Begabtenförderung
- + Projektgruppe #Neue Erfolge
- + Wahlen zum SPD-Fraktionsvorstand
- + Netzwerk zu IS
- + Plätze für Berlinfahrt frei

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

auch in dieser Woche stand die aktuelle Situation der Flüchtlinge rund um den Globus, aber vor allem auch in der EU und in Deutschland im Fokus der politischen Debatten in Berlin. Die SPD-Bundestagsfraktion lud deshalb auch vergangene Woche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu einer Kommunalen Flüchtlingskonferenz ein. Gemeinsam wurden konstruktive Lösungen und Forderungen an die Bundesregierung zur Entlastung der Kommunen erarbeitet. Auch in der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB), dessen Bundesvorstand ich angehöre, beschäftigten wir uns mit dem Thema Flüchtlinge und verabschiedeten einen Antrag zur Sprachförderung der Flüchtlinge in unserem Land.

In meinem Schwerpunktbereich Bildung fand diese Woche die Schlussberatung zum Thema Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Studium statt, wo wir konkrete Ziele und Maßnahmen beschlossen haben. Zudem führte ich diese Woche auch Fachgespräch zum Thema Kulturelle Bildung über das Programm „Kultur macht stark“ und mit der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB).

Gut besucht und innovativ war die Zukunftskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, die in dieser Woche im Paul-Löbe-Haus stattfand und in der wir uns mit Vertretern der Zivilgesellschaft zu Fragen über den politischen Alltag hinaus intensiv ausgetauscht haben.

Da aktuell Halbzeit der Legislaturperiode ist, fanden auch die turnusgemäßen Wahlen des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion statt. Die Bestätigung aller Amtsinhaber mit guten Ergebnissen dokumentieren die Geschlossenheit der SPD-Bundestagsfraktion.

Das Netzwerk Berlin, dem ich als einer von zwei Sprechern vorstehe, beschäftigte sich diese Woche mit einem der Ursachen der aktuellen Flüchtlingsströme, nämlich dem Aufkeimen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“.

Und in eigener Sache möchte ich noch auf freie Plätze für Gruppen nach Berlin hinweisen im November und darum bitten, an meiner kleinen Umfrage zum „Brief aus Berlin“ teilzunehmen. [Die Umfrage kann hier aufgerufen werden.](#)

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!



Martin Rabanus
Mitglied des Deutschen Bundestags

Flüchtlingskrise erfordert Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen



Die Flüchtlingswelle ist eine große Herausforderung für Deutschland, aber wir können uns nicht wegduckern, sondern müssen anpacken und manchmal auch unpopuläre Entscheidungen treffen. So zum Beispiel bei den sicheren Herkunftsstaaten. Wir sind ausdrücklich dafür, dass die Westbalkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, auch wenn das in unserer Partei umstritten ist. Wer keinen Asylgrund darlegen kann und dessen Antrag abgelehnt wird, muss Deutschland wieder verlassen, damit die Hilfe auf die wirklich Schutzbedürftigen konzentriert werden kann. Aber die, die wirklich vor den ISIS-Schlächtern oder Diktatoren geflüchtet sind, können wir nicht zurückschicken, sondern müssen sie humanitär aufnehmen und alles für ihre Integration tun.

Gleichzeitig müssen wir aber auch dafür sorgen, dass die innere Sicherheit in Deutschland nicht gefährdet wird und klar machen, dass für ALLE,

egal ob Deutsche oder Zugewanderte, unsere Werte des Grundgesetzes gelten.

Für die positive Grundhaltung der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen sind wir dankbar, aber wir müssen diese Haltung auch pflegen. Derzeit arbeiten die Verantwortlichen in den Kommunen und auch viele Ehrenamtliche hart am Limit. Sie brauchen dringend Unterstützung von Bund und Ländern – und zwar schnell.

[Bei dem gestrigen Flüchtlingsgipfel haben sich Bund und Ministerpräsidenten daher auf folgende hier nachzulesende Punkte geeinigt, die nun schnell und unbürokratisch umgesetzt werden müssen.](#)

Auch in Europa tut sich etwas

Nach langen Diskussionen und Verwerfungen innerhalb der EU-Staaten ist es gut, dass sich die Regierungschefs beim EU-Gipfel am Mittwoch „zusammengerauft“ haben. Die Flüchtlingskrise verlangt Handeln und endlich gibt es Fortschritte:

- o Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, das bei der Versorgung syrischer Kriegsflüchtlinge eine zentrale Rolle spielt, und andere Organisationen, sollen mindestens eine Milliarde Euro zusätzlich von der EU erhalten. Eine viel stärkere finanzielle Unterstützung der Hauptaufnahmeländer von Kriegsflüchtlingen (Türkei, Libanon und Jordanien)

war überfällig. Wenn in den dortigen Aufnahmelagern aus Geldmangel die Essenrationen gekürzt werden müssen, ist das erstens ein Skandal und zweitens ist es nicht verwunderlich, wenn diese Menschen sich dann auch noch auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Das Geld soll über das UN-Welternährungsprogramm WFP und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR fließen.

- Die Aufnahme- und Registrierungslager ("Hotspots") für Flüchtlinge in Italien und Griechenland sollen bis November stehen. In Bulgarien wird ebenfalls ein Hotspot geplant.
- Der Dialog mit der Türkei soll auf allen Ebenen verstärkt werden. Nur wenn Präsident Erdoğan bereit ist, rund zwei Millionen Syrien-Flüchtlinge in seinem Land zu halten, kann es gelingen, den Zustrom über Griechenland einzuschränken.
- Die Westbalkan-Staaten sollen Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme bekommen.
- Die Ursachen von Flüchtlingswellen sollen bekämpft werden, unter anderem durch Finanzhilfen an Länder in Afrika.
- Die dramatische Situation an den EU-Außengrenzen soll mit Kontrollen verstärkt werden. Staaten sollen unterstützt werden, um Flüchtlinge zu registrieren.

Fluchtursachen bekämpfen

Die größte Flüchtlingswanderung seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine Herausforderung, die nicht nur auf Europa begrenzt ist, sondern ein weltweites Problem ist. Außenminister Frank-Walter Steinmeier wirbt unermüdlich dafür, dass auch die USA und Russland bei der Eindämmung des Bürgerkriegs in Syrien helfen, um die Fluchtursachen zu beseitigen. Bei einem Besuch bei seinem US-Kollegen John Kerry stellte er erfreut fest, dass dies nun auch in Washington angekommen ist und dass Washington und Moskau in dieser Frage Kontakt aufgenommen haben. Wir sind sicher, dass eine Bekämpfung der Fluchtursachen nur gemeinsam mit den USA, Russland und den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens möglich ist. Dazu wird es auch nötig sein, mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu reden, auch wenn es schwerfällt, wie unser Fraktionschef Thomas Oppermann betonte.

Eine etwas härtere Diplomatie ist bei den reichen arabischen Staaten gefordert, die eine „merkwürdige“ Rolle spielen. Einerseits prangern sie die miserablen Lebensumstände des syrischen Volkes unter dem Regime von Baschar Al-Assad an und liefern Waffen an unterschiedlichste Oppositionsgruppen. Andererseits nehmen sie keine Flüchtlinge auf, obwohl das syrische Volk größte Unterstützung benötigt. Solidarität mit ihren Brüdern und Schwestern sollte aber unseres Erachtens anders aussehen.

Kommunalpolitische Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion



Bild: SPD-Fraktion

Das Thema Flüchtlinge beherrscht derzeit uneingeschränkt das tagespolitische Geschehen. An dieser Stelle gilt es, solidarisch zu unterstützen und den Neuankömmlingen aus ihrer Not zu helfen.

Aber wie kann sich Deutschland zum einen und die Mitbürgerinnen und Mitbürger zum anderen auf die Dimension der Flüchtlingsströme, mit denen wir in dem Maße noch nie zuvor konfrontiert waren, einstellen und die Hilfe gezielt einsetzen? Letztendlich sind es vor allem die Kommunen, die die Hauptaufgaben in der Flüchtlingspolitik bewältigen müssen. Über die aktuelle Situation und die Bewertung der aktuellen Herausforderungen haben 300 Bürgermeister und Landräte mit der SPD-Fraktion – unter Anwesenheit von Sigmar Gabriel und Thomas Oppermann – in der vergangenen Woche im Reichstagsgebäude in Berlin diskutiert.

Aber auch allgemeine Punkte wie die weitere Finanzierung der Flüchtlingskrise oder die Gefahr, dass die Stimmung in der Bevölkerung aufgrund des Ausmaßes der Flüchtlingsströme kippen könnte, wurden thematisiert. So war man sich beispielsweise einig, dass die 1 Milliarde Euro für 2015 und die 3 Milliarden Euro, die der Bund den Ländern und Kommunen 2016 zuweist, nicht ausreichen werden und es weiterhin einer strukturellen Hilfe für die Gemeinden und Landkreise bedürfe. Daneben wurde auch konstatiert, dass es eine angemessene Flüchtlingsinfrastruktur geben muss..

[Im Rahmen der Konferenz verabschiedeten die SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auch eine so genannte „Berliner Erklärung“.](#) Darin formulierten sie ihre Forderungen an den Bund. Zukünftig solle der Bund sich, beispielsweise in Form einer Pauschale, an den Kosten für die Erstaufnahme der Flüchtlinge beteiligen. Auch von den Kosten der medizinischen Versorgung der oftmals traumatisierten Flüchtlinge sollten die Kommunen entlastet werden. Weitere Investitionen sollten in die Bildung fließen und beispielsweise für Sozialarbeiterinnen und -arbeiter eingesetzt werden.

AfB beschließt Antrag zur Sprachförderung von Flüchtlingen



Mitte September kam die Arbeitsgemeinschaft für Bildung, der ich als Mitglied im Bundesvorstand angehöre, zu ihrer Bundesvorstandssitzung zusammen. Die Flüchtlingsproblematik fand auch Eingang in unsere Arbeit: Eine der zentralen Voraussetzungen für eine schnelle Integration von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Insofern gilt es, für eine bessere Sprachförderung konkrete Ideen zu entwickeln und diese politisch zu unterstützen. Auf meine Initiative hin haben wir daher einen Antrag zur Sprachförderung von Flüchtlingen beschlossen, der Vorschläge macht, wie eine schnellere und flächendeckendere Sprachförderung möglich sein könnte. Im Kern geht es darum, vorhandene Instrumente in unserem System noch besser an die Realitäten anzupassen und flexibler auszugestalten.

[Alle Vorschläge und die dazugehörigen Details können dem Antrag entnommen werden.](#)

Bessere Durchlässigkeit zwischen Studium und beruflichen Bildung



Die berufliche Bildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Damit das so bleibt, betonen wir eine Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung in Deutschland ebenso wie die Notwendigkeit einer höheren Durchlässigkeit zwischen Studium und Berufsbildung. Dementsprechend fordert unser Antrag die Bundesregierung unter anderem dazu auf, gemeinsam mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit (BA) kohärente Konzepte für die Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung sowie für den Übergang von der Schule in den Beruf zu entwickeln. Ein besonderes Augenmerk bei der Ausbildungsberatung soll zudem auf Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet werden, da diese nicht immer mit dem Prinzip der dualen Ausbildung vertraut sind. Ebenso wollen wir die Berufsschullehrerausbildung fördern und die Leistungen im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes verbessern.

Fachgespräch Kulturelle Bildung – Kultur macht stark



Am Donnerstag habe ich, zusammen mit weiteren Abgeordneten aus dem Bereich der kulturellen Bildung, zu einem Gespräch über das Bundesprogramm „Kultur macht stark“ in den Deutschen Bundestag geladen. Ziel des Gesprächs war eine erste Bestandaufnahme zum Stand und Erfolg des Programms. Dafür haben wir Programmpartner, Kommunalvertreter und Wissenschaftler eingeladen, um einen umfassenden Überblick zu bekommen. Das Programm des Bildungsministeriums zielt darauf ab, bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen kulturelle Bildung zukommen zu lassen, um ihnen so den Zugang zu und Teilhabe an den verschiedenen Formen der Kultur in Deutschland zu ermöglichen.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass eine Fortführung des Programms angestrebt werden soll, dies jedoch an bestimmte Bedingungen geknüpft sein sollte. Die bisherigen Erfolge des Programms, etwa die über 300.000 erreichten Kinder und Jugendlichen oder die Bandbreite an Programmpartnern, sollen die

Basis für weitere Verbesserungen sein. Dazu sollen gehören: Erhalt der bisher entstandenen Förderstruktur, bürokratische Hürden abbauen, mehr Eltern und Kinder auf die bisherigen Erfolge aufmerksam machen sowie die konkrete Formulierung von Nachhaltigkeitszielen um die Akteure vor Ort langfristig zu stärken.

Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass die Kooperation und Kommunikation zwischen den Programmpartnern, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie den Kommunen, in denen die Kinder und Jugendlichen wohnen, weiter intensiviert werden muss. So kann nach der Evaluation und Entscheidung zur Fortführung des Programms über 2017 hinaus ein starkes Instrument zur kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche erreicht werden. Zudem kann so das Ehrenamt gestützt werden, welches in diesem Bereich eine zentrale Rolle spielt.

[Weitere Infos zum Programm „Kultur macht stark“ können hier abgerufen werden.](#)



Weiterbildung stärken – Gleichwertigkeit anstreben



Diese Woche fand im Deutschen Bundestag ein Fachgespräch von SPD-Bildungspolitikern mit Vertretern der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB) zum Weiter- bzw. Aufstiegsstipendium statt.

Das Fachgespräch ist Teil unseres Positionsfindungsprozesses zur Weiterentwicklung der Begabtenförderung in der Beruflichen Bildung. Das Engagement für die Verbesserung der Begabtenförderung in der beruflichen Bildung steht in direktem Zusammenhang mit der angestrebten Reform des Meister-BAföG. Die Förderbedingungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung fallen systematisch hinter die der akademischen Förderung zurück. Im Sinne der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wollen wir hier noch mehr erreichen, damit sich Facharbeiter weiter qualifizieren können – zu fairen Bedingungen.

SPD-Fraktion startet „Projekt Zukunft“



Bild: Bildschön/Trenkel

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. In sechs Projektgruppen sucht die SPD-Fraktion Antworten auf die Fragen von morgen. Mit ihrer Zukunftskonferenz in Berlin ist das Projekt jetzt in die Dialogphase gestartet.

In Deutschland läuft es derzeit gut, aber die Herausforderungen für morgen stehen schon vor der Tür: Ob Globalisierung, Digitalisierung oder demografischer Wandel – sie alle werden unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren verändern.

Die SPD-Bundestagsfraktion will diesen Wandel gestalten. Aber wie? Diese Frage soll das „Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit“ beantworten. In sechs Projektgruppen werden die SPD-Abgeordneten bis Sommer 2016 Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten. Sie sprechen mit Expertinnen und Experten, mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen und Gewerkschaften sowie mit Bürgerinnen und Bürgern – online

und offline. Mit einer Zukunftskonferenz hat die SPD-Fraktion am Montag den Startschuss für das Projekt gegeben.

Als zuständiger Projektkoordinator für den Themenbereich „Digitale Innovationen“ verfolgte ich den Auftakt meiner Arbeitsgruppe #Neue Erfolge besonders aufmerksam. Für unsere Arbeitsgruppe konnten wir als Inputgeber Dr. Peter Strunk von der WISTA Management GmbH zum Thema Innovationstreiber und Innovationstransfer gewinnen, für den Bereich Innovationen und gesellschaftlicher Fortschritt Julia Kleber von der Polidia GmbH sowie Robert M. Maier von der Visual Meta GmbH zum Themenbereich „Digitale Innovationen“. Alle Referenten lieferten sehr interessante Impulse, die wir für unseren Dialogprozess weiterverwenden werden.

Mehr Infos zur Auftaktveranstaltung gibt es hier: <http://www.spdfraktion.de/themen/spd-fraktion-startet-projekt-zukunft>

Geschäftsführender Fraktionsvorstand der SPD im Amt bestätigt



Alle vier Jahre findet die Bundestagswahl statt. Zur Halbzeit einer jeden Legislaturperiode werden turnusgemäß der Geschäftsführende Vorstand (Fraktionsvorsitzender, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführerinnen, Justiziarin), die AG-Sprecher sowie der Fraktionsvorstand neu bestimmt.

Diese Woche wurde der geschäftsführende Vorstand in seinem Amt bestätigt, darunter der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann mit 83 Prozent. Auch die weiteren Mitglieder bleiben der Fraktion unverändert erhalten. Kommende Sitzungswoche werden die Sprecher der einzelnen Arbeitsgruppen gewählt und Mitte Oktober der Fraktionsvorstand, dem ich ebenso angehöre.

[Hier können die Wahlergebnisse im Detail angesehen werden.](#)

Der IS und die Bedrohung durch den islamischen Terror



Das Netzwerk Berlin, dessen Sprecher ich bin, veranstaltete diese Woche ein interessantes Gespräch zum Thema Islamischer Staat (IS) und islamischer Terror. Der renommierte Tereexperte Dr. Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik war zu Gast, um zuerst einen Überblick über die Thematik Islamischer Staat zu geben und anschließend Fragen zu beantworten. Nach der Vorstellung seines Buches „Kalifat des Schreckens – IS und die Bedrohung durch den islamischen Terror“ und einigen Ergänzungen über den aktuellen Sachstand, mündete der Netzwerkabend in eine Diskussion. Die vom Publikum gestellten Fragen bezogen sich vor allem auf die Bedrohung durch den IS und auf politische Entscheidungen die daraus folgen müssen. Aber auch Struktur und Organisation des Terrornetzwerkes stießen auf reges Interesse. Die Veranstaltung war ein gelungener Abend. Weitere Gespräche zum Thema IS in diesem Format sollen folgen.

Plätze frei für Berlinfahrt



Es sind noch Plätze frei für einen Plenarbesuch am 27.11.2015! Da mir kurzfristig eine Gruppe aus meinem Wahlkreis ihren Berlinbesuch abgesagt hat, sind noch 20 Kontingentplätze frei. Die 20 Plätze beinhalten einen Plenarbesuch am 27.11.2015 sowie ein Essen im Paul-Löbe-Haus. Es gibt einen finanziellen Zuschuss für die Hin- und Rückfahrt nach Berlin. Die Gruppengröße dafür muss mindestens 10 Personen betragen. Der Zuschuss beinhaltet nicht die Kosten für eine Übernachtung in Berlin. Bei Interesse bitte melden bei Juliane Fehlhaber, Tel. 030/227-77104.

Pressemitteilungen aus dem Wahlkreis

10.09.15:

[Martin Rabanus und Tobias Eckert besuchen
das Gründerzentrum in Limburg](#)

10.09.15:

[Martin Rabanus und Werner Fladung besuchen
Kisico in Oestrich-Winkel](#)

14.09.15:

[Rabanus und Weiß besuchen Scienta Omicron
in Taunusstein](#)

Termine

03.10.15

12:00 – Feierlichkeiten anlässlich des Tages der
dt. Einheit, Frankfurt

17:30 – Rheingau Royal, Schloss Johannisberg

10.10.15

09:30 – Parteitag der SPD Rheingau-Taunus,
Römerhalle, Heidenrod-Kemel

11.10.15

*Perspektivkongress der SPD, Coface-Arena,
Mainz*

+++

Termine in kursiv sind öffentlich

+++